

354

Meter betragen die Veränderungen am Bozner Flughafen, die im Masterplan vorgesehen sind. Die Start- und Landepiste wird von 1296 auf 1400 Meter verlängert, die Sicherheitsstreifen im Norden und Süden um insgesamt 250 Meter.

„Flugplatz-Diskussion muss sachlich werden“

BOZEN. Zur „Versachlichung der Diskussion um den Flughafen“ hat das SVP-Präsidium die Einrichtung eines Runden Tisches begrüßt. Die Diskussion werde auf sehr emotionaler Ebene geführt. „Alle Argumente für und gegen einen Ausbau müssen transparent gegenübergestellt werden“, sagt Obmann Richard Theiner.

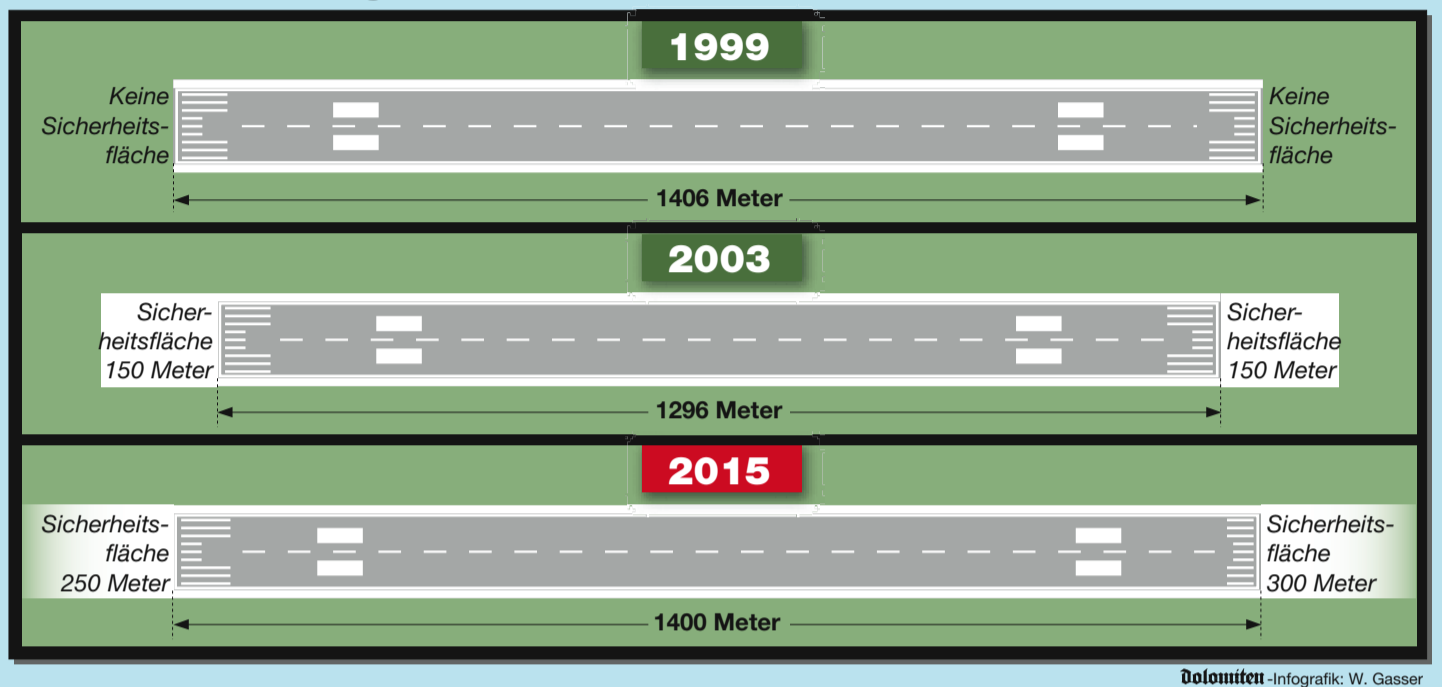
# Masterplan auf dem Weg nach Rom

LANDESREGIERUNG: Entwicklungskonzept verabschiedet – Durnwalder: Ohne Konzession für uns, wird Situation sicher noch schlimmer

BOZEN (wib/LPA). „Der Flughafen wird nicht zugesperrt – auch ohne Masterplan nicht.“ Das betonte Landeshauptmann Luis Durnwalder gestern nach der Regierungssitzung. Dort wurde eben dieser Plan verabschiedet, um eine 20-jährige Konzession für den Flughafen zu erlangen. Außerdem soll ein Runder Tisch eingerichtet werden.

Bis Ende März will die staatliche Luftfahrtbehörde ENAC einen Entwicklungsplan für den Flughafen vom Land erhalten, sonst werde die Konzession am 1. April europaweit ausgeschrieben. Dem hat die Landesregierung mit ihrer gestrigen Entscheidung vorgebaut. „Den Masterplan brauchen wir, wenn wir die Konzession weiterhin wollen, und er muss bestimmte Anpassungen enthalten, die uns die ENAC vorschreibt“, erklärt Landeshauptmann Luis Durnwalder. Auch wenn die landeseigene Betreibergesellschaft des Flughafens ABD die Konzession nicht mehr erhalte, bedeute dies nicht, dass der Flughafen zugesperrt werde, weil er ein Militärflughafen bleibe, so Durnwalder – und rechnete bei der Pressekonferenz vor: Derzeit würden in Bozen 10.670 Starts und Landungen von Sportflugzeugen gezählt, 3230 von Militärflugzeugen und „nur“ 2560 Zivilflüge. „Wenn keine Zivilflüge mehr möglich sind, dann passiert dasselbe wie in Trient“, prophezeit Durnwalder. Dort würden jährlich 31.183 Sportflüge gezählt. „Und auch bei uns würden Sport- und Militärflüge zunehmen, denn sie sind derzeit gewissermaßen unvereinbar mit Zivil-

## Landebahn am Flughafen Bozen



flügen, weil vor und nach dem Start und der Landung eines Zivilflugzeuges eine bestimmte Zeit keine anderen Flugbewegungen stattfinden dürfen“, so Durnwalder. Deshalb wäre „das schlimmste, wenn der Flughafen für Zivilflüge gesperrt würde.“

Deshalb habe man sich für den Flughafen ausgesprochen, aber mit Bedingungen: Lärmschutz und Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung. „Ich möchte behaupten, dass sich durch die Errichtung des Flughafens für Zivilflüge Lärmbelastigung und Luftverunreinigung verbessert haben“, so Durnwalder.

Mit dem Masterplan bemüht sich das Land nun um die 20-jährige Konzession. Dafür ist im Masterplan die von der ENAC ge-



„Das schlimmste wäre, wenn der Flughafen für Zivilflüge gesperrt würde. Dann würden Sportflüge immens zunehmen.“

Luis Durnwalder

forderte Anpassung von Landebahn und Sicherheitsflächen vorgesehen. Deshalb soll bis 2015

die Landebahn von derzeit 1296 Metern auf 1400 Meter verlängert werden (Grafik). „Schon bei der Errichtung des Flughafens haben wir 1406 Metern Piste zugestimmt“, erinnert Mobilitätslandesrat Thomas Widmann. Zudem werden die derzeit 150 Meter langen Sicherheitsstreifen auf 300 Meter im Norden und 250 Meter im Süden verlängert. „Die gesamte Länge wird sich von 1596 Metern auf 1950 Meter im Jahr 2015 verändern“, so Widmann.

Verzichten will das Land aber auf den ursprünglich auch im Masterplan vorgesehenen Hangar und den Motorenprüfstand. „Die Fluglinien, die Bozen anfliegen, müssen diese Möglichkeiten anderswo suchen“, erklärt Landeshauptmann Durnwalder.

Dem Masterplan haben die Landesräte Michl Laimer und Sabina Kasslatter Mur nicht zugestimmt.

Einstimmig ist hingegen der Beschluss gefallen, einen Runden Tisch einzusetzen, an dem Vertreter der Wirtschaft, des Dachverbandes, der Gemeinden und des Landes gemeinsam mit der ENAC die Möglichkeiten prüfen sollen, die Pistenlänge noch etwas zu reduzieren. „Bis auf die Pistenlänge haben wir uns an das Ergebnis der Mediation gehalten“, erklärt Widmann. Am Runden Tisch solle vor allem aufgeklärt und informiert werden.

Zu „80 Prozent“, schätzt Widmann, werde man die Konzession für 20 Jahre ab nächstem Jahr erhalten. In einem halben Jahr dürfte die ENAC entscheiden.

## Neue Heimat für Personalabteilung

BOZEN (LPA). Die Architekten Davide Scagliarini und Orazio Basso aus Padua werden den Bau des neuen Landhauses in der Bozner Ritterstraße planen. Sie sicherten sich unter 174 Teilnehmern den ersten Platz des vom Land ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs. Im 15.500 Kubikmeter umfassenden Bau soll die Personalabteilung des Landes Platz finden. Für Garagen und Archivräume sind unterirdisch weitere 22.450 Kubikmeter geplant.

# „Für das Land muss es eine Nullrunde sein“

LANDESREGIERUNG: Trotz Gehaltstopp erhalten Lehrer Gehaltsvorrückungen ausbezahlt – Durnwalder: Geld aber anderweitig einsparen

BOZEN (wib). Obwohl die römische Regierung einen Gehaltstopp für Lehrer von 2010 bis 2012 vorgesehen hat, sollen rückwirkend von Mai bis Dezember 2010 dennoch Gehaltsvorrückungen vorgenommen werden. Dem schließt sich das Land an, aber das dafür nötige Geld muss anderweitig eingespart werden.

Das hat die Landesregierung gestern beschlossen.

Das Gehalt der Lehrer sollte von 2010 bis 2012 eingefroren werden. In dieser Zeit sollte es keine Gehaltserhöhungen und keine Dienstaltersvorrückungen geben. Daran hat sich auch das Land gehalten. Südtirols Staatslehrer sind nämlich laut Landes-

hauptmann Luis Durnwalder „staatliche Landesangestellte“: das Grundgehalt bezahle der Staat, die Zulagen das Land.

Nachdem nun der Staat aber Gehaltsvorrückungen von Mai bis Dezember 2010 wieder genehmigt habe, hält sich auch das Land daran und zahlt diese zusätzlichen insgesamt 539.000 Euro

den Lehrern aus – allerdings mit einem großen „Aber“: Denn diese Zusatzausgaben sollen wieder eingespart werden. Wie Landeshauptmann Luis Durnwalder berichtete, schreibt der Staat nämlich auch vor, dass Stellen, Überstunden und anfallende Nachhilfestunden im Sommer eingespart werden sollen. Und

genau auf diese Weise sollen schon heuer die 539.000 Euro kompensiert werden – durch weniger Überstunden und weniger Nachhilfestunden.

„Ziel ist, dass sich für die öffentliche Hand eine Nullrunde ergibt“, erklärte der Landeshauptmann gestern nach der Regierungssitzung.

# Gegenwind aus nördlichen Bezirken

DIREKTE DEMOKRATIE: Nein zu Volksentscheid über Beschlüsse der Landesregierung – Schuler: Kernstück des SVP-Entwurfs auf Kippe

BOZEN (bv). SVP-Chef Richard Theiner verspricht dem Volk mehr Mitbestimmung, aus den nördlichen SVP-Bezirken weht im aber ein kühler Wind entgegen: Für das Eisack- und Wipptal sollen Beschlüsse der Landesregierung von Volksabstimmungen ausgeklammert bleiben.

Vor zwei Wochen hätte der SVP-Entwurf zur direkten Demokratie reibungslos vom Parteausschuss verabschiedet werden sollen. Weil das Gegenteil der Fall war, verordnete man ihm eine Ehrenrunde durch die Bezirke. Mitte April gibt es einen erneuten Anlauf. „Und ich bin sicher, dass sich dann die Mehrheiten finden. Es gibt kein Zurück mehr“, so Obmann Theiner.

Nach dem Auftakt in den Bezirken ist mittlerweile aber alles möglich. Anders als im Entwurf von Arnold Schuler und Elmar Pichler Rolle derzeit vorgesehen, beschlossen das Eisack- und Wipptal, dass Verwaltungsakte des Landes wie Beschlüsse der Landesregierung keinem Volksentscheid unterliegen sollen.

Dabei geht es ums Prinzip, sagt Bezirksobmann Herbert Dorfmann. „Der Bürger soll keinen Einfluss auf die Exekutive, sondern auf die Legislative haben. Schließlich hat er ja auch Landtagsabgeordnete gewählt und holt von diesen die Macht wieder zurück“, so Dorfmann. Der Norden scheint nicht allein. „Zumindest bei der letzten Debatte

über das Gesetz vor einem Jahr hatten auch wir große Vorbehalte gegen Volksentscheide über Beschlüsse der Landesregierung“, sagt der Pusterer Bezirksobmann Albert Wurzer.

„Mit diesem Punkt würde ein Kernstück unseres Entwurfes fallen“, ist Schuler nicht erfreut. Der Bürger könnte weiter „nur über Gesetze“ abstimmen. Wie die Vergangenheit zeigt, macht dies eine Abstimmung über Großprojekte nicht unmöglich. „Aber schwieriger, denn die meisten Großprojekte fußen auf keinem konkreten Gesetz, sondern auf Beschlüssen der Landesregierung“, so Schuler.

Doch damit nicht genug. Die nördlichen SVP-Bezirke sind

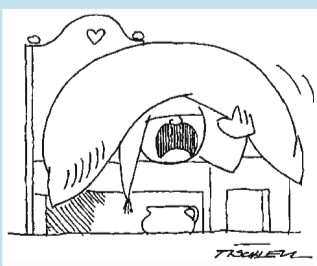


Noch ist man sich innerhalb der SVP uneinig über den Gesetzentwurf zu Volksbefragungen. mt

zwar einverstanden, dass das Beteiligungsquorum fällt. Im Gegenzug müssten 38.000 Unterschriften zur Einleitung einer Volksabstimmung aber unumstößlich sein. „Es kann nicht sein, dass diese Zahl im Parteausschuss oder in Verhandlungen mit anderen Parteien später nach unten revidiert wird“, bekräftigt Dorfmann.

Genau dies hat Schuler aber vor: „Es gibt parteiintern nicht wenige, für die 38.000 Unterschriften zu viel sind.“ Er und Pichler Rolle hätten ursprünglich 27.000 Unterschriften vorgesehen. „Das ist immer noch eine Menge Holz. Das sammelt man nicht am Sonntag nach dem Kirchgang“, meint Schuler.

## DER SCHNAUZER



„Mir hot in Sunntig oaner a Stunde gstohtn. Geschtern hon i ba die Carabinieri Onzeige gegen Unbekannt erstotet.“